

Tschechien wählt ...

... aber erst nächstes Jahr. Dennoch kann man wohl aber auch das Geplänkel um die nun doch nicht noch im Herbst abgehaltenen Wahlen als Teil des Wahlkampfes interpretieren.

Das IDM lud daher, gemeinsam mit dem Renner-Institut und der Politischen Akademie, Kenner der tschechischen Innenpolitik nach Wien, die die Situation analysierten.

Robert Schuster vom Institut für Internationale Beziehungen in Prag war der Ansicht, dass die Verschiebung den Sozialdemokraten nützen würde, erstens hätten die Jubiläumsfeiern zum Fall des Eisernen Vorhangs der ODS ein gewisses Momentum gegeben, zweitens könnte sich die Wirtschaftskrise noch vertiefen, ein Problem, das jetzt die Übergangsregierung ausbaden muss.

Gerald Schubert von Radio Prag wagte dahingehend keine Prognose, da der Wahltermin im Mai 2010 einfach noch zu weit entfernt sei.

Die Budgetdebatte im Parlament brachte die Übergangsregierung jedenfalls nicht zu Fall, was für die Stabilität des Landes sicherlich ein Vorteil ist. Instabile Verhältnisse hätten den Präsidenten Klaus und seine, dem Lissabon-Vertrag kritisch gegenüberstehende, Linie gestärkt. Tschechien ist nun das einzige Land, an dem der Vertrag noch scheitern könnte, im Moment. Sollte Klaus mit seiner Unterschrift weiter pokern – was er rechtlich gesehen darf – könnte eine neue europakritische Regierung in Großbritannien ebenfalls wieder aus dem Vertrag aussteigen, solange dieser nicht von allen 27 Ländern ratifiziert wurde. Die ODS selbst ist gespalten, was den Vertrag angeht, Topolanek hat aber unterzeichnet.

Neben dem Lissabon-Vertrag ist die Suche nach neuen Gesichtern ein wichtiges Thema vor den Wahlen, ebenso wie die ewige Angst vor den Kommunisten.

„Der politische Nachwuchs in Tschechien wird vernachlässigt“, konstatierte Robert Schuster. Immerhin hätte die Regionalisierung der Verwaltung einen zusätzlichen Weg in die Spitzenpolitik eröffnet, da regional erfolgreiche Politiker bisweilen auch auf nationaler Ebene Erfolg haben.

Die Kommunisten mit einem Wählerpotenzial von 10 – 15% spielen als „Schreckgespenst“ für die anderen Parteien eine zentrale Rolle, wie Schubert erläuterte. Die Sozialdemokraten haben per Parteitagsbeschluss eine Koalition ausgeschlossen, aber eine Minderheitsregierung mit Duldung der Kommunisten wäre denkbar. Diese Angst wird von den bürgerlichen Parteien geschürt, für die Sozialdemokraten könnte dieses Szenario eine Krise bedeuten.